

MANNHEIMER
ZENTRUM FÜR
EUROPÄISCHE
SOZIALFORSCHUNG



Arbeit und Sozialstruktur

Walter Müller und Heinz-Herbert Noll
AB I / Nr. 13
Mannheim 1996

ISSN 0948-0072

Arbeitspapiere

Working papers

Walter Müller, Heinz-Herbert Noll:
Arbeit und Sozialstruktur.
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES).
Mannheim, 1996.
(Arbeitspapiere Arbeitsbereich I / 13)
ISSN 0948-0072

Deckblattlayout: Uwe Freund

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: DM 5,-

Bezug:

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

Redaktionelle Notiz:

Prof. Dr. Walter Müller ist Inhaber des Lehrstuhls für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie der Universität Mannheim und Leiter eines Projektes zur Bildungsentwicklung am Arbeitsbereich I des MZES.

Dr. Heinz-Herbert Noll ist Leiter der Abteilung „Soziale Indikatoren“ am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

Inhalt

1.	Arbeit - eine Schlüsselkategorie der Sozialstruktur	5
2.	Erwerbsbeteiligung und Erwerbsstruktur	7
	Erwerbsbeteiligung	7
	Arbeitslosigkeit	9
	Sektoraler Wandel und berufliche Statusgruppen	10
	Arbeitsmarktsegmentierung und Pluralisierung von Beschäftigungsformen	11
3.	Erwerbsarbeit und Strukturen sozialer und politischer Differenzierung	13
	Erwerbsposition und Klassenstruktur	14
	Positionszugang und Mobilität	16
	Lebensführung und soziale Interaktionsnetze	19
	Klassenstruktur und politische Cleavage-Struktur	20
4.	Krise der Arbeitsgesellschaft?	22
	Literatur	22

Zusammenfassung:

Der vorliegende Beitrag untersucht die Zusammenhänge zwischen zwei Grundkategorien der soziologischen Theorie und empirischen Sozialforschung: Arbeit und Sozialstruktur. Im Vordergrund steht dabei die Frage, in welcher Weise und in welchem Umfang die Sozialstruktur durch die Arbeit - d.h. insbesondere die Erwerbsarbeit - geprägt wird und ob diesbezüglich ein Wandel über die Zeit stattgefunden hat. Im einzelnen behandelt der Artikel zunächst Wandlungstendenzen in der Erwerbsbeteiligung und Erwerbsstruktur und daran anschließend die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf soziale Strukturen außerhalb des engeren Bereichs der Arbeit selbst, wie die Muster sozialer Ungleichheit und sozialer Mobilität sowie soziale Beziehungsnetze und Strukturen politischer Konflikte und Spannungen. Dabei ist nicht nur ein weitgehender Wandel im Stellenwert und den Strukturen der Erwerbsarbeit selbst zu konstatieren, sondern es sind vor allem auch bedeutende Veränderungen in den Folgewirkungen der Erwerbsarbeit für die Ungleichheits- und Klassenstruktur, die Differenzierung der Formen der Lebensführung, die Einbindung von Individuen in Solidarverbände und ihre Beteiligung in intermediären Organisationen sowie für die Struktur gesellschaftlicher Konflikte und Spannungslinien festzustellen. Obwohl Tendenzen einer abnehmenden Bindungskraft von gesellschaftlichen Großgruppen nicht zu übersehen sind, scheinen Thesen einer durchgehenden Individualisierung von Lebenschancen und Lebensrisiken im Lichte dieser Befunde jedoch ebenso überzogen wie die verbreitete Vorstellung einer weitgehend verschwundenen Prägekraft der Arbeitswelt für die sozialstrukturelle Differenzierung der Gesellschaft insgesamt.

Arbeit und Sozialstruktur

Walter Müller und Heinz-Herbert Noll

1. Arbeit – eine Schlüsselkategorie der Sozialstruktur

Die Frage des Verhältnisses von Arbeit und Sozialstruktur beginnt bei der Frage: Was ist Arbeit? In einem essayistischen Versuch, diese keineswegs einfache Frage im heute üblichen Verständnis von Arbeit zu klären, definiert Hans Paul Bahrtdt (1983: 124): „Arbeit ist ein gekonntes, kontinuierliches, geordnetes, anstrengendes nützliches Handeln, das auf ein Ziel gerichtet ist, welches jenseits des Vollzugs der Arbeitshandlung liegt“. Bei dieser Bestimmung ist das vielleicht wichtigste Element die Vorstellung, daß Arbeit „niemals ‘Selbstverwirklichung’, volle Selbstentfaltung der Person im jeweiligen Augenblick“ ist und daß Arbeit von anderen Tätigkeiten sich dadurch unterscheidet, „daß sie nicht in sich selbst ruht“ und ihren Sinn von ihrem produktiven Ergebnis her erfährt. Dadurch unterscheidet sich Arbeit beispielsweise vom Spiel, vom Liebesakt oder anderen Tätigkeiten, die ihren Sinn und ihre Erfüllung unmittelbar im jeweiligen Tun selbst finden. Allerdings betont Bahrtdt die Kulturgebundenheit dieses Arbeitsverständnisses und er macht am Beispiel des Künstlers oder des Kleingärtners, der seine Rosen pflegt, auf die nicht einfachen Abgrenzungsprobleme bei Tätigkeiten aufmerksam, die Mischformen von Arbeit und Nichtarbeit darstellen.

In einem breiten Verständnis ist die Verbindung von Arbeit und Sozialstruktur bereits durch das elementare Phänomen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gegeben. Arbeitsteilung meint alle Formen der sozialen Differenzierung und funktionalen Spezialisierung in den Aufgaben, die für die Existenzsicherung der Menschen zu erfüllen sind. In diesem weiten Sinne ist die Aufteilung und Organisation der Arbeit mit den sozialen Strukturen weitgehend deckungsgleich. Die sozialen Strukturen sind entscheidend geprägt durch die unterschiedlichen Arbeits- und Leistungszumutungen und können nach höchst variierenden Kriterien differenziert sein, z. B. nach Geschlecht, Alter, Geburtsstand, individuellen Fertigkeiten oder Machtposition. In dem grundlegenden Werk von Durkheim (1902) „De la division du travail social“ entsprechen zwei Grundformen der Arbeitsteilung zwei Grundtypen von Solidarität, gesellschaftlicher Ordnung und sozialer Differenzierung. Einfache Gesellschaften sind segmentär in soziale Gruppen gegliedert, die für sich autark und selbstgenügsam sind und in denen alle Funktionen jeweils in paralleler Weise erbracht werden. Die Individuen sind in ihnen durch eine auf hoher Ähnlichkeit ihrer Rollen beruhenden Kohäsion in mechanischer Solidarität integriert. Komplexe Gesellschaften sind durch organische Solidarität und eine Arbeitsteilung gekennzeichnet, die als Kooperation in der Verschiedenheit gekennzeichnet werden kann. In der Arbeitsteilung dieser funktional differenzierten Gesellschaften liegt gleichzeitig der Mechanismus ihrer

Integration. Sie ergibt sich aus dem wechselseitigen Aufeinander-angewiesensein der funktional ausdifferenzierten Elemente. Für Durkheim bildet der hohe Spezialisierungsgrad in der Berufsstruktur moderner Gesellschaften das Musterbeispiel einer durch funktionale Differenzierung geprägten Arbeitsteilung.

In einem engeren Verständnis bezieht sich das Verhältnis von Arbeit und Sozialstruktur aber hauptsächlich auf eine spezielle Form von Arbeit, nämlich auf die *Erwerbsarbeit*, die sich in der Folge der Trennung von Haushalt und Betrieb und im Zuge der Ausbildung eines speziell auf gewinnorientierte Güterproduktion ausgerichteten Wirtschaftssektors in der modernen Gesellschaft zunehmend durchsetzt. Auch dieser Beitrag wird sich vorwiegend auf diese Form von Arbeit konzentrieren. Schon die vorausgehenden Hinweise verdeutlichen aber, daß es sich dabei um ein sehr eingegrenztes Verständnis von Arbeit handelt. Es schließt nur die produktiven Leistungen ein, die der Erstellung von Gütern und Leistungen dienen, die auf Märkten gegen finanzielle Entgelte oder andere Tauschmittel absetzbar sind. Spätestens die neue Haushaltsökonomie mit ihrer Betonung der Haushaltsproduktion und die Untersuchungen zur Netzwerkhilfe haben den beachtlichen Beitrag zur Wohlfahrtsproduktion aufgezeigt, der nicht durch Arbeits- und Gütermärkte vermittelt ist (Glatzer/Berger-Schmitt 1986; OECD 1995). Von besonderer Bedeutung ist dabei die unentgeltlich in den Haushalten erbrachte Arbeit von Frauen bei der Betreuung und Erziehung von Kindern, der Zubereitung von Nahrung oder bei der Pflege von Kranken, Behinderten oder alten Menschen.

In den sozialtheoretischen Entwürfen der soziologischen Klassiker und für weite Teile der Soziologie gilt aber *Erwerbsarbeit* als Schlüsselkategorie für das Verständnis moderner Gesellschaften, bei allen Begrenzungen, die ein solches Arbeitsverständnis impliziert. Die Analyse der Erwerbsarbeit steht im Mittelpunkt, wenn es „um die Formulierung der Prinzipien geht, welche die Struktur der Gesellschaft prägen, ihre Integration bzw. ihre Konflikte programmieren, ihre objektive Entwicklung steuern und ihr Bild von sich selbst und der eigenen Zukunft regieren“ (Offe 1983:38 in einer Charakterisierung dieser Position). Man kann solche Gesellschaften insofern als *Arbeitsgesellschaften* kennzeichnen, als aus der gesellschaftlichen Organisation, Steuerung, Kontrolle und Verteilung der Arbeit und ihrer Früchte die entscheidenden Impulse für die soziale Struktur dieser Gesellschaften stammen, d. h. für die soziale Differenzierung der Bevölkerung, für die soziale Ungleichheit, für die Interessenformierung und die dominanten gesellschaftlichen und politischen Interessenkonflikte. Für die neuere gesellschaftliche Entwicklung haben vor allem Dahrendorf (1983) und Offe (1983) die Gültigkeit dieser Zusammenhänge in Frage gestellt und eine „Krise der Arbeitsgesellschaft“ diagnostiziert. Die Produktions- und Arbeitssphäre habe ihre struktur- und entwicklungsbestimmende Potenz eingebüßt. Die Arbeitszeit mache freiwillig oder unfreiwillig einen zunehmend geringeren Anteil im Zeithaushalt des Lebens aus. Die Determination der Lebensbedingungen ausschließlich durch Arbeit sei gebrochen, Einkommenschancen seien durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilung modifiziert und ergänzt; mit der Differenzierung der Erwerbsarbeit werde Erwerbsarbeit als solche „immer weniger aussagefähig für den Inhalt des Handelns; die Wahrnehmung von Interessen, den Lebensstil“ (Of-

fe 1983:44). Im Zuge des Wertewandels von Pflicht- und Akzeptanzwerten zu Werten der Selbstverwirklichung und des Hedonismus (Klages 1985) und der Erosion religiöser oder säkularisierter arbeitsmoralischer Orientierungen habe Arbeit auch an subjektiver Valenz verloren. Die Prägung sozialer Milieus durch spezifische Arbeitskontexte habe sich aufgelöst (Mooser 1983), die Bindekraft arbeitsbezogener intermediärer Organisationen (z. B. Gewerkschaften) sei geschwächt und an Stelle der durch Großgruppen getragenen gesellschaftlichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit seien Konflikte um Risiken in der Lebenswelt getreten, die von sozialen Bewegungen und Gruppen von punktuell Betroffenen getragen würden (Beck 1986).

In diesem Beitrag behandeln wir zunächst Wandlungstendenzen in der Beteiligung an Erwerbsarbeit und in der Erwerbsstruktur und daran anschließend die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf soziale Strukturen außerhalb des engeren Bereiches der Arbeit selbst, u. a. die Muster sozialer Ungleichheit und sozialer Mobilität, die sozialen Beziehungsnetze und die politischen Konflikt- und Spannungsstrukturen.

2. Erwerbsbeteiligung und Erwerbsstruktur

Der Bedeutung und Dominanz, die die Wirtschaft, der Arbeitsmarkt und das Erwerbssystem als strukturbildende Kräfte auf der Makroebene der Gesellschaft haben, entspricht die Zentralität der Erwerbstätigkeit und Berufsposition als „Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Existenz der Menschen“ (Hradil 1992: 53) auf der Mikroebene. Für den weitaus größten Teil der Bevölkerung stellt die eigene Erwerbstätigkeit oder die eines Familienangehörigen die zentrale Quelle des Lebensunterhalts dar. Die Beteiligung am Erwerbsleben und die Art der Tätigkeit sind zudem nicht nur zentrale Grundlagen der individuellen Identität, sondern haben z. B. auch weitreichende Konsequenzen für die Strukturierung des alltäglichen Lebens und der Biographie (Mayer, Müller 1987; Kohli 1994). Dabei wird jedoch von manchen Beobachtern in der Entwicklung von der klassischen Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft ein sinkender Stellenwert der Erwerbstätigkeit – etwa zugunsten der Freizeit – konstatiert (Hradil 1992: 54). Der Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialstruktur wird auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten vor allem über die Bedeutung der Erwerbstätigkeit als eine der wichtigsten Determinanten des sozio-ökonomischen Status vermittelt: Einkommen und Lebensstandard, Handlungsoptionen und -dispositionen, Ansehen und Einfluß in der Gesellschaft werden in hohem Maße von der Erwerbstätigkeit und den spezifischen Eigenschaften der jeweiligen beruflichen Position bestimmt.

Erwerbsbeteiligung

Auf der Makroebene gehören Umfang und Muster der Erwerbsbeteiligung sowie die Merkmale der Beschäftigungsstruktur zu den prägenden Kennzeichen der Sozialstruktur und bilden Kriterien, nach denen Gesellschaften unterschieden und – bei aller Problematik derartiger Typisierungen – z. B.

als Agrargesellschaften oder Industriegesellschaften, als industrielle oder postindustrielle Gesellschaften usw. übergreifend charakterisiert werden können.

Zu den charakteristischen Merkmalen der Sozialstruktur moderner Gesellschaften gehört eine weitgehende und in der Tendenz zumeist noch zunehmende Integration der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt und die Erwerbsarbeit. Der Anteil der Menschen, die zu keiner Phase ihres Lebens einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist im Laufe der Zeit immer weiter zurückgegangen und auf sehr niedrige Prozentsätze geschrumpft. Allerdings hat sich gleichzeitig die Erwerbstätigkeit in der Dimension des individuellen Lebensverlaufs bei verlängerten Bildungs- und Ausbildungsphasen auf der einen Seite und einem tendenziell früheren Übergang in den Ruhestand auf der anderen Seite immer stärker auf die mittlere, „aktive“ Phase der Biographie konzentriert, so daß sich der Anteil der Erwerbsarbeitszeit an der gesamten Lebenszeit zunehmend verringert hat. Die allgemeine Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbstätigen und Arbeitslosen an der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck bringt, weist für das Gebiet der alten Bundesländer trotz dieser und anderer, sich jedoch z. T. gegenseitig kompensierender Wandlungstendenzen – von geringen Schwankungen abgesehen – eine beachtliche Konstanz auf: 1993 hatte die Erwerbsquote in Westdeutschland mit 47 Prozent fast das gleiche Niveau wie 1950 mit damals 46 Prozent. In der früheren DDR war die Erwerbsbeteiligung deutlich höher als im Westen; sie ist aber nach der Vereinigung – nicht weil die Erwerbsneigung abgenommen hätte, sondern vor allem aufgrund des Beschäftigungsabbaus – auf 49 Prozent im Jahre 1993 gesunken. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung einen mittleren Rang ein. Eine deutlich niedrigere Erwerbsbeteiligung weisen beispielsweise südeuropäische Länder wie Griechenland und Italien, aber auch Belgien auf, eine höhere insbesondere die skandinavischen Länder, aber auch Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan.

Hinter den Durchschnittswerten der Erwerbsbeteiligung verbergen sich signifikante geschlechtsspezifische Niveauunterschiede und drastisch divergierende Entwicklungstendenzen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Deutschland – wie in den meisten anderen Ländern – nach wie vor deutlich niedriger als die der Männer (Schmidt 1993): 1993 waren 79 Prozent der Männer im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) erwerbstätig oder arbeitslos gegenüber lediglich 61 Prozent der Frauen. Aufgrund der gegenläufigen Entwicklungen – einer tendenziell abnehmenden oder allenfalls stagnierenden Erwerbsbeteiligung der Männer und einer deutlich gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen – hat sich diese Differenz, die z. B. 1950 im Bereich der früheren Bundesrepublik noch über 50 Prozentpunkte betrug, im Laufe der Zeit erheblich verringert. Die sich in den steigenden Erwerbsquoten manifestierende und global zu beobachtende zunehmende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt und die Erwerbstätigkeit gehört zweifellos zu den nachhaltigsten Tendenzen des sozialstrukturellen Wandels überhaupt. Im Zuge dieser Entwicklung hat sich die Erwerbstätigkeit der Frauen jedoch nicht nur quantitativ immer weiter ausgebreitet, sondern sich insbesondere auch in ihrem Verlauf zunehmend dem typischen Muster „männlicher Erwerbsverläufe“ angenähert. Das ehemals charakteristische Modell einer dis-

kontinuierlichen, in sequenzielle Phasen – Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung, beruflicher Wiedereinstieg – gegliederten Erwerbsbiographie hat mehr und mehr zugunsten des Musters eines kontinuierlichen oder allenfalls kurzfristig unterbrochenen Erwerbsverlaufs an Bedeutung verloren (Engelbrech 1993; Lauterbach 1994).

Die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen ist sowohl „angebots-“ wie auch „nachfragebedingt“. Zu den angebotsbezogenen Faktoren gehören u. a. das erhöhte Bildungs- und Ausbildungsniveau der Frauen (Bundesanstalt für Arbeit 1994), die entlastende Wirkung einer zunehmenden Technisierung der Hausarbeit, ein verändertes Rollenverständnis (Braun, Alwin, Scott 1994), der Wandel im Heiratsverhalten und der Fertilität, aber auch in den Einstellungen, wie z. B. einem erhöhten Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Von entscheidender Bedeutung für die verstärkte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt sind jedoch auch die nachfrageseitigen Veränderungen in der Struktur der Beschäftigung und Gelegenheiten auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere der sektorale Wandel, aber auch der Wandel in den Inhalten und Formen der Arbeit – z. B. das vermehrte Angebot von Teilzeitarbeit – sowie eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit, die der Tendenz nach die Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigt haben.

Arbeitslosigkeit

Entscheidend limitiert werden die Möglichkeiten einer Erwerbsbeteiligung durch die Menge der vorhandenen Gelegenheiten bzw. den Umfang der Nachfrage nach Arbeit. Das anhaltend hohe Niveau der Arbeitslosigkeit, das in Deutschland ebenso wie in vielen anderen Gesellschaften zu beobachten ist, weist darauf hin, daß das Angebot an Arbeit die Nachfrage weit übersteigt. Die Ursachen dafür liegen einerseits in einer Expansion des Arbeitsangebots, z. B. durch die o. g. erhöhte Erwerbsneigung von Frauen, aber auch in einer Verminderung der Nachfrage, z. B. durch drastische Produktivitätssteigerungen infolge des Einsatzes moderner Technologien. Umstritten ist die von manchen Ökonomen vertretene These, derzufolge der Rückgang der Nachfrage nach Arbeit in erster Linie oder sogar ausschließlich auf das hohe Lohnniveau in Deutschland und anderen „Hochlohnländern“ zurückzuführen sei. Die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und das anhaltende und z. T. sogar wachsende Beschäftigungsdefizit mit seinen vielfältigen negativen Folgen – z. B. für die Systeme der sozialen Sicherung – stellen derzeit und voraussichtlich auch in der näheren Zukunft noch eine der größten Herausforderungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dar.

Das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Ausschließung bestimmter Bevölkerungsteile von der Erwerbstätigkeit wird von manchen Beobachtern als Ursache für eine wachsende Armut und eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft gesehen. Derartige Sichtweisen kommen in Deutschland z. B. in der These von einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ (Leisering 1995) zum Ausdruck, derzufolge relevante Bevölkerungsteile von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialem Fortschritt in dieser Ge-

sellschaft ausgeschlossen werden. Belege dafür werden z. B. in steigenden Armutsquoten und den zunehmenden Zahlen von Sozialhilfeempfängern gesehen.

Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist keineswegs gleichmäßig über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt, sondern weist typische Regelmäßigkeiten auf: Wie die jeweiligen gruppenspezifischen Arbeitslosigkeitsquoten dokumentieren, ist das Risiko, arbeitslos zu werden oder in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben, in der Bundesrepublik für Frauen höher als für Männer, für Personen ohne beruflichen Bildungsabschluß höher als für qualifizierte, für Ausländer höher als für Deutsche und für die unteren und höheren Altersgruppen höher als für die mittleren. An den hohen Anteilen an Langzeitarbeitslosen und Mehrfachbetroffenen zeigt sich überdies, daß sich die Arbeitslosigkeit auf bestimmte Personenkreise konzentriert, während sie weite Teile der Bevölkerung weitgehend unberührt läßt.

Sektoraler Wandel und berufliche Statusgruppen

Zu den nachhaltigsten langfristigen Veränderungen der Beschäftigungsstruktur mit weitreichenden Konsequenzen auch für die Sozialstruktur im allgemeinen gehört zweifellos der sektorale Wandel. Wie von Clark und Fourastier vorhergesagt, folgte dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft der als *Tertiarisierung* bezeichnete Strukturwandel hin zu den Dienstleistungstätigkeiten und damit einer „postindustriellen“ Gesellschaft. Der Anteil der im tertiären Sektor beschäftigten Erwerbstätigen ist im Bereich der alten Bundesländer zwischen 1950 und 1994 von 34 auf 61 Prozent gestiegen, und gleichzeitig nahm der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten von einem Viertel aller Erwerbstätigen auf noch lediglich drei Prozent ab. Die Beschäftigung im sekundären, industriellen Sektor ist seit etwa 1970, als sie ihren Höhepunkt erreichte, von damals rund 50 bis auf 35 Prozent zurückgegangen. In den neuen Bundesländern hat sich der Anteil der im Dienstleistungssektor beschäftigten Erwerbstätigen – nicht zuletzt aufgrund eines durch die ökonomische Transformation erzwungenen, rasanten De-Industrialisierungsprozesses – sehr schnell dem westdeutschen Niveau angepaßt. Im internationalen Vergleich zählt Deutschland freilich nach wie vor zu den Ländern, in denen der Tertiarisierungsprozeß erst vergleichsweise spät einsetzte und noch wenig vorangeschritten ist (Noll/Langlois 1994). Im europäischen Vergleich gehört Deutschland hinsichtlich der relativen Größe des Dienstleistungssektors zu den Schlußlichtern zusammen mit den südeuropäischen Ländern und Österreich. Allerdings weist auch Japan als ein ökonomisch außergewöhnlich erfolgreiches Land einen ähnlich niedrigen Tertiarisierungsgrad auf. Am weitesten vorangeschritten ist die „Dienstleistungsökonomie“ gegenwärtig in den USA sowie in den Niederlanden, den skandinavischen Ländern und Großbritannien mit Beschäftigungsanteilen von über siebzig Prozent. Als Ursachen für die unterschiedlichen Tertiarisierungsgrade werden neben bestimmten Problemen der statistischen Erfassung insbesondere eine mehr oder weniger ausgeprägte Außenorientierung der Wirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit des produzierenden Gewerbes, eine mehr marktorientierte oder wohlfahrtsstaatliche Or-

ganisation des Angebots sozialer Dienste sowie der Grad der Auslagerung (contracting out) von Dienstleistungsfunktionen aus industriellen Unternehmen diskutiert (Esping-Andersen 1990; Noll 1992).

Mit der Ausweitung der Erwerbsbeteiligung und dem sektoralen Wandel hat sich zudem die Verteilung der Erwerbstätigen auf berufliche Statusgruppen – und damit zugleich auch das Gefüge der sozialen Schichtung und die gesamte Sozialstruktur – nachhaltig verändert. Von der Entwicklung begünstigt wurde die Erwerbstätigkeit in der Gestalt der unselbständigen Arbeit als Arbeitnehmer sowie der Status des Angestellten oder Beamten. War Anfang der fünfziger Jahre im Bereich der alten Bundesländer noch etwa jeder dritte Erwerbstätige als Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger tätig, so trifft dies in der Mitte der neunziger Jahre nur noch auf jeden zehnten Erwerbstätigen zu. Erst im Verlauf der achtziger Jahre kam der Rückgang des Selbständigenanteils zu einem Stillstand. Seitdem hat sich dieser Anteil durch einen neuen Trend zur selbständigen Existenz (Leicht 1995) – teils in alternativen, aber überwiegend in traditionellen Formen – wieder leicht erhöht.

Noch ausgeprägter war der Strukturwandel von den „blue-collar“ zu den „white-collar“-Positionen: Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen ist seit der Mitte der fünfziger Jahre von rund der Hälfte auf etwa ein Drittel zurückgegangen, während der Anteil der Angestellten im gleichen Zeitraum von etwa 20 auf über 45 Prozent gestiegen ist. Dabei ist in den vergangenen Jahren auch deutlich geworden, daß die Grenzen zwischen einem „Arbeiterstatus“ und einem „Angestelltenstatus“ zunehmend verschwimmen und diese beiden traditionellen sozialrechtlichen Kategorien an soziologischer Trennschärfe verloren haben. Ebenso wie die Angestelltentätigkeiten hatte auch der Anteil der Beamtenpositionen bis etwa zur Mitte der achtziger Jahre von 5 auf 9 Prozent zugenommen, zeigt aber seitdem – wohl auch als Folge eines an seine Grenzen gestoßenen Wohlfahrtsstaates einerseits und eines enger gefaßten Verständnisses der staatlichen Aufgabenfelder, die Beamtentätigkeiten vorbehalten sind, andererseits – eine leicht abnehmende Tendenz. In den neuen Bundesländern gleicht sich auch die an der Stellung im Beruf gemessene Statusstruktur der Erwerbstätigen mehr und mehr den westdeutschen Verhältnissen an, was sich insbesondere in einer Verringerung der Arbeiteranteile und einer Zunahme der Selbständigen- und Beamtenanteile manifestiert.

Arbeitsmarktsegmentierung und Pluralisierung von Beschäftigungsformen

Die vielfältigen Differenzierungen hinsichtlich der Art, Form und Qualität von Beschäftigungsverhältnissen und die damit zusammenhängenden Erscheinungen sozialer Ungleichheit wurden in den vergangenen Jahren insbesondere unter den Begriffen der Arbeitsmarktsegmentierung sowie einer Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ und der Entstehung neuer, z. T. auch prekärer Beschäftigungsformen diskutiert. Arbeitsmarktsegmentierung und die Diversifizierung der Beschäftigungsformen sind Tatbestände, die insofern auch für die Sozialstruktur im Ganzen konsequenzenreich sind, als sie den

Prozeß der Statuszuweisung und der Verteilung von Lebenschancen unmittelbar beeinflussen.

Unter *Arbeitsmarktsegmentierung* wird in der einfachsten Variante dieses ursprünglich in den Vereinigten Staaten entwickelten Konzepts eine Teilung des Arbeitsmarktes in ein primäres und ein sekundäres Segment verstanden. Während das primäre Segment die gut bezahlten, sicheren sowie Fortbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bietenden Arbeitsplätze umfaßt, entfallen auf das sekundäre Segment all jene Jobs, die sich durch schlechte Bezahlung, hohes Arbeitslosigkeitsrisiko und geringe Aussichten auf berufliches Fortkommen auszeichnen. Den weitgehend voneinander abgeschotteten Segmenten entsprechen unterschiedliche Mechanismen der Allokation von Arbeitskräften zu Arbeitsplätzen und damit auch unterschiedliche Zugangs- und Karrierechancen für verschiedene Bevölkerungsgruppen. In Deutschland spielen vor allem qualifikations- und geschlechtsspezifische Segmentierungen des Arbeitsmarktes eine Rolle: Berufliche Positionen haben überwiegend einen engen Bezug zu spezifischen Bildungslaufbahnen und Ausbildungsgängen und sind in der Regel nur auf diesem Wege zugänglich. Der weitaus größte Teil der beruflichen Positionen wird darüber hinaus nach wie vor als „Männer-“ oder „Frauenarbeitsplätze“ typisiert und geschlechtsspezifisch mit Männern oder Frauen besetzt. (Beck-Gernsheim 1976; Rubery/Fagan 1993). Eine Spaltung des Arbeitsmarktes entlang der Staatsangehörigkeit ist insofern festzustellen, als sich Erwerbstätige mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ihrer Erwerbsstruktur von deutschen Erwerbstätigen unterscheiden. Allerdings haben sich die Unterschiede im zeitlichen Verlauf verringert (Seifert 1996), so daß die These von einer „Unterschichtung“ der deutschen Sozialstruktur durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern heute zumindest für die sogenannte „zweite Generation“ nur noch bedingt zutrifft.

Die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Tendenz zu einer Pluralisierung der Beschäftigungsformen ist in der Bundesrepublik vor allem als eine zunehmende Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ diskutiert worden (Bosch 1986). Damit ist gemeint, daß das in der historischen Perspektive eher außergewöhnliche, aber dennoch bereits als Normalfall betrachtete Modell des unbefristeten und rundum sozial abgesicherten abhängigen Vollzeitverhältnisses, das in gewisser Weise zugleich auch dem Konzept des Ein-Verdiener-Haushalts entsprach, seine zeitweilige Dominanz zumindest partiell eingebüßt hat. Neben verschiedenen Varianten der Teilzeitbeschäftigung, die erheblich an Bedeutung gewonnen und sich für weibliche Erwerbstätige längst als eine „normale“ Form der Beschäftigung etabliert hat, traten z. B. atypische Beschäftigungsformen wie befristete Tätigkeiten, Heimarbeit, Zeitarbeit und Leiharbeit sowie diverse Formen der Selbständigkeit hier wie in vielen anderen Ländern mit den achtziger Jahren erstmals oder auch wieder vermehrt in Erscheinung (Cordova 1986). In der Bundesrepublik ist insbesondere die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse und die wachsende Verbreitung flexibler und unkonventioneller Arbeitszeitarrangements real von Bedeutung. Diese Entwicklung ist einerseits das Ergebnis gezielter politischer Bemühungen, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt als Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erhöhen, kommt aber zugleich auch dem wachsenden Bedürfnis eines Teils der Arbeitneh-

mer nach einer Ausweitung individueller Zeitoptionen entgegen. Inwieweit es sich bei atypischen Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit oder befristeter Beschäftigung zugleich auch um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt, kann nicht pauschal beantwortet werden, sondern hängt jeweils von den konkreten Bedingungen ab – z. B. dem zeitlichen Umfang einer Teilzeitbeschäftigung oder den Möglichkeiten und Bedingungen einer Entfristung befristeter Arbeitsverhältnisse (Büchtemann/Quack 1989).

3. Erwerbsarbeit und Strukturen sozialer und politischer Differenzierung

Die beschriebenen Entwicklungen haben nicht die Tatsache verändert, daß in komplexen und auf fortgeschrittener Technologie basierenden Ökonomien die Organisation der Arbeit nach hauptsächlich drei Prinzipien vielfältig differenziert ist. Mit der beruflichen Spezialisierung erfolgt eine Gliederung nach spezifischen funktionalen Aufgaben. Weiterhin werden – mit der beruflichen Differenzierung sich teilweise überschneidend – die für einzelne Arbeitsplätze zusammengeführten Arbeitsaufgaben in relativ feinen Abstufungen nach der Höhe der Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte ausgerichtet. Mit dem Größenwachstum der Unternehmen und Betriebe sind die Arbeitsorganisationen zunehmend auch nach dem bürokratischen Modell hierarchischer Ordnung in den Entscheidungs-, Anweisungs- und Kontrollbefugnissen strukturiert. In der langfristigen Entwicklung haben sich diese Differenzierungen eher verstärkt als verringert (Haller 1986). Für die Beschäftigten sind mit diesen Prinzipien der Arbeitsteilung und ihrer betrieblichen Organisation und Kontrolle zum einen unterschiedliche *Arbeitsbedingungen* (nach Niveaus der physischen und psychischen Belastungen, der Routine oder Abwechslung, dem Grad an Gestaltungsautonomie, der Anweisungsbefugnis oder Unterordnung, der Sicherheit des Arbeitsplatzes), zum anderen aber auch eine große Spannweite in der Entgeltung der Arbeit mit symbolischen und materiellen *Belohnungen* verbunden. Die Einordnung von Individuen in dieses Raster unterschiedlich vorteilhafter Arbeitsplätze prägt nachhaltig die Arbeitssituation selbst und die daraus abgeleiteten Möglichkeiten der Lebensführung außerhalb der Arbeitswelt.

Für die Diskussion des Verhältnisses von Arbeit und Sozialstruktur liegt hier die Schnittstelle des Übergangs von engeren Analysen der Arbeit und ihres Wandels selbst zur Untersuchung gesellschaftlicher Strukturen außerhalb der Arbeitswelt, die aber durch diese geprägt sind. Entsprechende Studien haben überwiegend zu tun mit dem Problem der mit der Organisation der Arbeitswelt generierten, aber über die Arbeitswelt hinausreichenden Strukturen *sozialer Ungleichheit* in der Gesellschaft. Dabei ergeben sich mehrere klassische Fragen und Zugänge. Die erste bezieht sich darauf, ob die differenzierten Arbeitssituationen zu einer begrenzten Zahl von typischen Ungleichheitskonstellationen zusammengefaßt werden können, die in der Literatur als Statusgruppen, Schichten oder soziale Klassen bezeichnet werden. Die zweite betrifft die Mechanismen des Zugangs zu solchen Schichten oder Klassen, die Dauer der Zugehörigkeit zu ihnen und die Mo-

bilität zwischen ihnen. Bei der dritten Frage geht es um die Relevanz der erwerbsstrukturell bestimmten Klassenzugehörigkeit für die Lebensführung und die Strukturierung sozialer Interaktionsnetze. Die vierte Frage behandelt schließlich die Relevanz der Verhältnisse in der Arbeitswelt für Prozesse der Interessenformierung, der gesellschaftlichen Konflikte und ihrer Repräsentation in politischen Entscheidungen.

Erwerbsposition und Klassenstruktur

Unter den verschiedenen Versuchen, Erwerbspositionen zu typisieren, ist inzwischen die Auseinandersetzung mit marxistischen Klassenmodellen verstummt. Noch bis in die siebziger Jahre hinein wurden diese offensiv vertreten. In zahlreichen Varianten wurde versucht, die Inhaber der im berufsstrukturellen Wandel expandierenden Dienstleistungsarbeitsplätze als neue Fraktionen der Arbeiterklasse zu bestimmen und damit das auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit beruhende dichotome Klassenmodell zu retten (zur Kritik vgl. Berger 1996). Theoretisch unbefriedigend sind auch die auf der Vorstellung einer Hierarchie von Schichten aufbauenden rein vertikalen Ungleichheitsmodelle. In diesen Modellen wird versucht, auf der Basis verschiedener Indikatoren (z. B. Ausbildung, Niveau der beruflichen Position, Einkommen) einen aggregierten Index zu bilden, anhand dessen Personen einer der unterschiedenen sozialen Schichten zugeordnet werden können (vgl. z. B. Scheuch 1965). Neben der Willkürlichkeit der unterschiedenen Zahl solcher Schichten und der Grenzziehung zwischen ihnen ist vor allem problematisch, daß Personen unterschiedslos einer gleichen Schicht zugeordnet werden können, obgleich die grundlegenden Faktoren, die die Lebenschancen bestimmen, höchst verschieden sein können¹. Neuere Ansätze versuchen einerseits der erhöhten Differenzierung in den beruflichen Arbeitssituationen gerecht zu werden, in ihrer Typisierung jedoch gleichzeitig die konstituierenden Prinzipien zur Geltung kommen zu lassen.

So betrachtet Goldthorpe in seinem Modell sozialer Klassen, das in der gegenwärtigen internationalen Forschung wohl die weiteste Verwendung findet², den Typ des Beschäftigungsverhältnisses als zentrales Differenzierungskriterium. Durchaus klassisch wird zunächst unterschieden zwischen Klassenpositionen, in denen die davon Betroffenen vom Verkauf ihrer Arbeitsleistungen an Arbeitgeber leben, und den Klassenpositionen von Arbeitgebern oder alleinerwerbenden Selbständigen.

¹ Vgl. die höchst unterschiedlichen konstituierenden Prinzipien der Lebenslage eines Landwirtes mit einem mittelgroßen Betrieb, eines selbständigen Ladenbesitzers, eines Industriemeisters oder eines Lehrers, die nach einem Schichtindex dennoch einer gleichen Schicht zugeordnet würden.

² Zum Klassenschema von Goldthorpe vgl. Erikson/Goldthorpe (1992:35–47) sowie zur Dienstklasse im speziellen Goldthorpe (1982). In einem stärker auf marxistischer Tradition basierenden Modell führt Wright (1985) die Klassenlage auf Ausbeutungsbeziehungen zurück, wobei drei unterschiedliche Typen von Ressourcen die Ausbeutung ermöglichen und miteinander kombiniert eine komplexe mehrdimensionale Struktur von Klassenpositionen ergeben. Diese Ressourcen sind Produktionsmittelbesitz, Bildungsqualifikation und organisatorische Ressourcen im Sinne der Position in der Anweisungs- und Kontrollhierarchie eines Betriebes.

Übersicht 1. Klassenschema nach John H. Goldthorpe

<i>I</i>	<i>Obere Dienstklasse</i> Akademische professionelle Berufe; leitende Angestellte und Beamte in staatliche Verwaltung und großen privaten Unternehmen; Manager großer Produktionsbetriebe Selbständige mit mehr als 10 Mitarbeitern
<i>II</i>	<i>Untere Dienstklasse</i> Semiprofessionen; qualifizierte Techniker und graduierte Ingenieure; Manager kleiner Betriebe; Arbeitsgruppenleiter und qualifizierte Sachbearbeiter in der öffentlichen und privaten Verwaltung
<i>III</i>	<i>Ausführende Nicht-Manuelle</i> Nicht-manuell tätige Angestellte in Verwaltung und Handel mit Routinetätigkeiten Verkäufer und Personen, die einfache Dienstleistungen erbringen
<i>IVab</i>	<i>Kleinbürgertum</i> Selbständige außerhalb der Landwirtschaft, höchstens 10 Mitarbeiter
<i>IVc</i>	<i>Selbständige Landwirte</i>
<i>V</i>	<i>Arbeiterelite</i> Einfache Techniker, die teilweise manuell tätig sind; Meister, Vorarbeiter
<i>VI</i>	<i>Facharbeiter</i>
<i>VIIa</i>	<i>Un- oder angelernte Arbeiter</i>
<i>VIIb</i>	<i>Arbeiter in der Landwirtschaft</i>

Die lohnabhängig Erwerbenden sind jedoch, wie Übersicht 1 im einzelnen zeigt, unter sich wiederum vielfältig differenziert. Als entscheidendes Differenzierungselement betrachtet Goldthorpe die Art der Regulierung des Beschäftigungsverhältnisses. Dabei besteht die zentrale Unterscheidung darin, ob das Arbeitsverhältnis weitgehend einem schlichten *Tauschkontrakt* zwischen festgelegten und kontrollierbaren Arbeitsleistungen und Lohn entspricht (im wesentlichen die Arbeiterpositionen der Klassen VI und VIIab) oder ob das Arbeitsverhältnis wie bei den Dienstklassen durch ein *Dienstverhältnis* mit entscheidend anderen Elementen geprägt ist. Dieses impliziert die Ausübung delegierter Autorität oder die relativ autonome Nutzung spezialisierter Expertise im Interesse der beschäftigenden Organisation. Es basiert weniger auf direkter Kontrolle aller Arbeitsvollzüge, sondern mehr auf Loyalitätszusicherung durch die Beschäftigten einerseits und auf Vertrauensgewährung und Loyalität fördernden Belohnungsmodalitäten³ durch die Arbeitgeber andererseits. Für die Klassen III und V sieht Goldthorpe Mischformen von Tauschkontrakt und Dienstverhältnis.

Wie Noll/Habich (1990) in einer Untersuchung für Deutschland⁴ gezeigt haben, variieren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen erheblich nach der Zugehörigkeit zu einer dieser Klassen. Derartige klassenspezifische Unterschiede in den Lebensbedingungen zeigen sich beispielsweise

³ Ein Dienstverhältnis hat also durchaus Ähnlichkeiten mit Elementen des Beamtenverhältnisses, z.B. längerfristigen Arbeitskontrakten, höherer Beschäftigungssicherheit oder Beförderungsperspektiven bei Bewährung; vgl. dazu Renner (1953) und Dahrendorf (1964), auf die sich Goldthorpe explizit bezieht.

⁴ zu ähnlichen Untersuchungen für England vgl. Marshall et al. (1988).

nicht nur bei Einkommen und Vermögen, sondern auch in der Wohnungsgröße und -ausstattung, dem Gesundheitszustand, Freizeitumfang und -verhalten sowie den Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus beeinflusst die Klassenzugehörigkeit offenbar auch die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität, wie sie sich z. B. in unterschiedlichen Niveaus der Zufriedenheit manifestiert. Das gilt selbst dann, wenn andere Einflußfaktoren, wie Alter, Geschlecht und Nationalität kontrolliert werden. Dabei wird die mit der Klassenzugehörigkeit verbundene Ungleichheit dadurch verstärkt, daß über verschiedene Dimensionen hinweg die Vorteile und Nachteile tendenziell kumulieren. In der Klasse der ungelerten Arbeiter kommen unqualifizierte Arbeit bei geringer Autonomie in unattraktiven, belastenden Arbeitsbedingungen und geringer Arbeitsplatzsicherheit sowie niedrigen Arbeitsentgelten (als Merkmale der Arbeit selbst) zusammen mit eingeschränkter Lebensqualität außerhalb der Arbeit, wie niedrigem Lebensstandard, ungünstigen Wohnverhältnissen, häufigeren gesundheitlichen Beeinträchtigungen, verminderter kultureller und politischer Partizipation und geringerer Lebenszufriedenheit. Im Kontrast dazu sind die Angehörigen der Dienstklasse kumulativ privilegiert. Kompensation von Vor- und Nachteilen in verschiedenen Dimensionen ist eher eine Ausnahme, wie beispielsweise bei den Selbständigen, bei denen die hohen Einkommen teilweise mit längeren Arbeitszeiten bezahlt werden.

Im Hinblick auf Entwicklungstrends haben sich zumindest für Deutschland Erwartungen nicht bestätigt, daß im Zuge des technologischen Fortschrittes und der Automatisierung die Klasse unqualifizierter manueller Arbeiter zunehmend größer werden würde. Auch die zeitweilig in der Industriesoziologie verbreitete These einer fortschreitenden Qualifikationspolarisierung gilt inzwischen als widerlegt. Ebenso finden sich für Deutschland kaum Belege für die von Esping-Andersen (1993) formulierte Hypothese der Entstehung eines postindustriellen Dienstleistungsproletariats (Blossfeld/Gianelli/Mayer 1993). Die Entwicklung seit der Nachkriegszeit ist dagegen geprägt durch zwei zentrale Trends: ein fortgesetztes Wachstum von Positionen der Dienstklasse und den Wegfall von Arbeitsplätzen für unqualifizierte Arbeit. Es gibt nicht *mehr* unqualifizierte Arbeit, sondern *weniger*, mit der Konsequenz großer Zahlen von Langzeitarbeitslosen insbesondere unter Bevölkerungsgruppen mit niedrigen schulischen und beruflichen Qualifikationen.

Positionszugang und Mobilität

Für die mit der Organisation der Arbeit verbundene gesellschaftliche Ungleichheit ist nicht nur die bestehende Struktur der unterschiedlich vorteilhaften (Arbeits-) Positionen bedeutsam. Ebenso wichtige Beiträge zur Charakterisierung der Sozialstruktur einer Gesellschaft ergeben sich aus der Frage, wie Individuen in die vorhandenen, mehr oder weniger vorteilhaften Positionen gelangen und wie der Austausch (die Mobilität) von Individuen zwischen diesen Positionen sich vollzieht. In den Mustern des Zugangs zu den Positionen und der Mobilität zwischen ihnen kommt nämlich zunächst der Grad der Realisierung von der in modernen Gesellschaften weithin geteilten politisch-normativen Vorstellung chancengleicher Startbedingungen (Parsons

1970) zum Ausdruck. Danach sollen die Zugangschancen zu vorteilhaften Positionen primär von unterschiedlichen Leistungen einzelner Individuen abhängen und nicht von Bedingungen der sozialen Herkunft bestimmt sein. Muster der sozialen Mobilität indizieren insofern die relative Offenheit oder Geschlossenheit der Sozialstruktur. Ein zweiter Aspekt verknüpft die Höhe der Mobilität in einer Gesellschaft mit der Wahrscheinlichkeit der Klassenbildung. Klassenbildung meint den Prozeß des Entstehens sozialer Kollektive, deren Angehörige ein sie identifizierendes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der Interessengemeinsamkeit und möglicherweise auch der Notwendigkeit gemeinsamen Interessenshandelns ausbilden. Ob Klassen, soziale Schichten oder Statusgruppen eine soziale Identität als gesellschaftliches Kollektiv ausbilden, hängt u. a. davon ab, ob ein Kern von beständigen Mitgliedern existiert, d. h. ob Individuen mehr oder weniger lebenslang und Familien über Generationen hinweg den gleichen Klassen zugehören⁵.

In der international vergleichenden Mobilitätsforschung haben sich zwei Schwerpunkte der Untersuchung der damit verbundenen Sachverhalte herausgebildet: die Untersuchung der Verlaufsstrukturen beruflicher Karrieren und die Analyse der Muster intergenerationaler sozialer Mobilität, d. h. die Untersuchung der Kontinuitäten in den beruflich-sozialen Positionen von den Eltern zu den Kindern. Eine große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der Frage zu, wie das Bildungssystem den Zugang zu mehr oder weniger vorteilhaften Positionen steuert und welche Rolle es in der Förderung von Mobilität oder Immobilität zwischen den Generationen spielt. Die Befunde entsprechender Forschungen widersprechen teilweise diametral den Behauptungen von Individualisierungstheoretikern, daß als Folge hoher sozialer Mobilität die Sozialstruktur „durcheinandergewirbelt“ würde und damit die Wahrscheinlichkeit der Aufrechterhaltung von Klassenidentitäten verloren gehe (Beck 1986). Die empirische Mobilitätsforschung hat in dieser Frage immer wieder auf eine zentrale Unterscheidung aufmerksam gemacht: die Unterscheidung zwischen *absoluten* und *relativen* Mobilitätsraten. Der Unterschied zwischen diesen beiden Betrachtungsweisen besteht darin, daß man die strukturellen Verschiebungen, die sich im Zeitverlauf in der Anzahl verfügbarer Positionen ergeben können, entweder in die Analyse einbezieht oder diesen Strukturwandel statistisch kontrolliert. Relative Mobilitätsraten messen, wie wahrscheinlich es unabhängig vom Strukturwandel ist, daß beispielsweise ein Arbeiterkind in eine gehobene Position der Dienstklasse gelangt, während ein Kind aus einer Familie der Dienstklasse Arbeiter wird. Relative Mobilitätsraten sind damit der eigentliche Gradmesser für Offenheit und Durchlässigkeit der Positionsstruktur und für den Grad der realisierten Chancengleichheit. Absolute Mobilitätsraten messen dagegen das Ausmaß der Mobilitätsvorgänge, die sich in einer Gesellschaft zwischen zwei Beobachtungszeitpunkten tatsächlich vollziehen. Sie schließen sowohl Mobilitätsprozesse ein, die aufgrund der Durchlässigkeit der Positionsstruktur zu-

⁵ So haben beispielsweise Marx (1958:255, 444) und Sombart (1906) das Fehlen des Sozialismus in den USA auch damit erklärt, daß sich in den USA Klassen nicht formiert hätten, weil sich potentielle (Klassen-) Gruppierungen wegen hoher Mobilitätsraten in ihrer Zusammensetzung in einem konstanten Fluß änderten (vgl. als wichtigen systematischen Beitrag hierzu Goldthorpe (1985: 3ff, 19).

stande kommen, wie solche, die durch den Wandel der Struktur der Positionen induziert sind. Das Ausmaß der absoluten Mobilität zwischen zwei Beobachtungszeitpunkten ist tatsächlich in der Regel um so größer, je rascher im Zeitverlauf, z. B. von der Generation der Eltern auf die der Kinder, sich die Struktur der verfügbaren Positionen selbst ändert. Je mehr beispielsweise in der Generationenfolge Berufspositionen in der Industriearbeit verschwinden, während Positionen in der Dienstklasse zunehmen, um so mehr Mobilität zwischen der beruflichen Position der Eltern und der der Kinder ist erforderlich, damit sich dieser Strukturwandel überhaupt vollziehen kann.

Untersuchungen der relativen Mobilitätsraten (u. a. Erikson/Goldthorpe 1992) zeigen nun für viele Länder, daß (unabhängig vom Strukturwandel) Kinder aus Dienstklassenherkunft immer eine sehr große Chance haben, selbst ebenfalls eine Position in der Dienstklasse zu erhalten, während Arbeiterkinder mit großer Wahrscheinlichkeit in der Arbeiterklasse verbleiben. Diese Ungleichheit in den relativen Chancenverhältnissen des Zugangs zu mehr oder weniger günstigen Positionen hat sich im Zeitverlauf kaum verändert. Selbst wenn man aber den Strukturwandel mit dem Wachstum der Dienstklasse und dem Schrumpfen der Landwirtschaft und der Arbeiterklasse einbezieht und das Niveau der absoluten Mobilität betrachtet, zeigen neuere Daten für die Bundesrepublik⁶, daß von den Kindern einer breit verstandenen (oberen und unteren) Dienstklasse über 70 Prozent eine vorteilhafte Position in der Dienstklasse oder als Selbständige erreichen, während dies für nur etwa 20 Prozent der Arbeiterkinder der Fall ist. Umgekehrt steigen höchstens 15 Prozent der Dienstklassenkinder in die Arbeiterklasse ab, während die weit überwiegende Zahl der Arbeiterkinder dort verbleibt. Der Strukturwandel hat also zwar dazu beigetragen, daß die Zahl der sozialen Aufstiege größer ist als die Zahl der sozialen Abstiege, aber von einem „Durcheinanderwirbeln“ der Sozialstruktur kann keine Rede sein. Dies belegen für Deutschland auch Analysen von Mayer/Blossfeld (1990: 311). Sie untersuchen für mehrere Geburtskohorten seit der Zwischenkriegszeit das Niveau der Positionen, die Individuen in sukzessiven Etappen ihres Lebenslaufs (von der Herkunftsfamilie, über das erreichte Bildungsniveau und in verschiedenen Abschnitten der beruflichen Karriere) einnehmen, und kommen zu dem Ergebnis: „Der endogene Kausalzusammenhang im Lebensverlauf wird also deutlich *ausgeprägter*. Die vergangene Lebensgeschichte bestimmt in einem zunehmend höheren Ausmaß, welche Lebenschancen sich später eröffnen. Die Mechanismen der sozialen Selektion werden rigider, die Sozialstruktur wird nicht zunehmend offener und mobiler. Sie wird zunehmend *geschlossener und immobil*.“ Im internationalen Vergleich zeichnet sich die Bundesrepublik durch ein hohes Niveau der Strukturierung der Übergänge zwischen verschiedenen Etappen des Lebenslaufs und ein hohes Niveau von Chancenungleichheit und Immobilität aus. Dazu tragen neben anderen Faktoren sowohl das dreigliedrige Bildungssystem bei, das eine hohe Kanalisierungswirkung entfaltet, wie das duale System der Berufsbildung, mit dem eine besonders enge Verknüpfung zwischen Bildungs-

⁶ Eigene Auswertungen der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (1980–1994) und des sozio-ökonomischen Panels.

system und Beschäftigungssystem gegeben ist (Müller 1986; Erikson/Goldthorpe 1992; Jonsson/Mills/Müller 1996).

Lebensführung und soziale Interaktionsnetze

Inwieweit beeinflussen die Charakteristiken der Arbeit und insbesondere die aus der Arbeit resultierenden ökonomischen Ressourcen die Möglichkeiten der Lebensführung? Eine sehr enge Verknüpfung ist dann zu erwarten, wenn die verfügbaren Ressourcen im Grunde ohne Wahlmöglichkeiten für die Sicherung der grundlegendsten Lebensbedürfnisse aufgebraucht werden. Mit sich verbessernder ökonomischer Lage steigen die Chancen der Wahl zwischen alternativen Optionen und die Ausbildung von Stilen der Lebensführung, die weniger durch klassengebundene Restriktionen geprägt sind, sondern einen individuellen Spielraum für Präferenzen eröffnen. Diese Überlegung ist die Grundlage der in jüngerer Zeit in verschiedensten Varianten vertretenen Thesen der zunehmenden Lockerung der Verbindung zwischen arbeitsbedingter Klassenlage und Lebensführung und der Verbreitung zunehmend pluralisierter Lebensstile, deren Wahl nicht durch Kategorien der herkömmlichen Ungleichheits- und Klassenanalyse zu erklären sei. Tatsächlich hat die Forschung in unterschiedlichen Ansätzen eine große Zahl teilweise sehr unterschiedlicher Typisierungsversuche von Lebensstilen hervorgebracht (Berger/Hradil 1990; Schulze 1992; Müller, H.-P. 1993). Was jedoch noch weitgehend fehlt, sind Erklärungen für die Herausbildung dieser Stile sowie systematische Untersuchungen, inwiefern sie sich mit der Klassenlage von Personen oder anderen Statuskategorien überschneiden oder tatsächlich *nicht* überschneiden und wie Lebensstile über die Beschreibung von Lebensführungsarten hinaus auch theoretisch für die Erklärung anderer Sachverhalte wie beispielsweise des politischen Verhaltens bedeutsam sein können.

Im Hinblick auf die Frage der Strukturierung sozialer Beziehungen richtet sich die Aufmerksamkeit darauf, wie die in der Arbeitswelt gegebenen Differenzierungen beeinflussen, wer mit wem im privaten Lebensraum verkehrt. Die mit der Lokalisierung von Personen im Beschäftigungssystem verbundene Selektivität sozialer Verkehrskreise kann gut an den klassischen Phänomenen der sozialen Homogamie von Heiraten und der sozialen Homophilie von Freundschaftsnetzen beobachtet werden. Beides sind besonders aufschlußreiche Indikatoren zur Abbildung der aus dem Bereich der Arbeit resultierenden sozialen Strukturierung, da in ihnen die Selektivität in der Wahl von Partnern für die wichtigsten engen alltäglichen sozialen Interaktionen zum Ausdruck kommt. Sowohl in den Heiratsmustern wie in den Netzwerken von Freundschaften stellen Untersuchungen immer wieder eine hohe Ähnlichkeit nach dem beruflichen Status oder der Klassenzugehörigkeit der verbundenen Partner fest (Mayer 1977; Clar 1986; Handl 1988). Dabei sind die Netzwerke von Freundschaften sozial noch homogener als die Heiratsmuster. Ein wichtiger Mechanismus, über den es zu diesem sprichwörtlich sozial homogenen Gesellungsverhalten kommt, ist die wechselseitige Nutzenmaximierung der Partner im sozialen Austausch. Je mehr Ressourcen ein Partner in einen sozialen Austausch einbringen kann, um so mehr Res-

sources wird er auch vom anderen beteiligten Partner erwarten. Wenn in Nachbarschaften des Wohnens die Ausbildung spezifischer, durch die Arbeitswelt der Bewohner geprägter sozialer Milieus geringer geworden ist (Mooser 1983), dann gilt dies nicht generell für enge soziale Beziehungen. Im Zeitverlauf ist ihre Selektivität nicht geringer geworden; Untersuchungen der Heiratsmuster zeigen vielmehr eher eine zunehmende soziale Homogenität an (Teckenberg 1991).

Klassenstruktur und politische Cleavage-Struktur

Die Arbeitswelt ist mit den gegensätzlichen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern u. a. bezüglich der Arbeitsbedingungen, der Leistungserbringung und der Lohn- und Verteilungsfrage offensichtlich ein Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Konflikte. Die Bedeutung dieser Konfliktfront wird dadurch verstärkt und aufrechterhalten, daß sich zur Vertretung der entsprechenden Interessen einflußreiche gesellschaftliche Interessenorganisationen ausgebildet haben. Sie vertreten die Interessengenossen nicht nur gegenüber den jeweiligen Interessengegnern in Tarifverhandlungen oder in Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen, sondern aggregieren, kanalisieren, steuern und vermitteln die Interessen auch im politischen Prozeß. Allerdings wird in jüngerer Zeit (in unterschiedlichen Gesellschaften variierend) eine abnehmende Bindungskraft intermediärer Interessenorganisationen diagnostiziert, die insbesondere auch die Gewerkschaften trifft (Streeck 1987).

In europäischen politischen Demokratien ist in der Regel auch das Parteiensystem und das Wahlverhalten der Bürger mit den in der Arbeitswelt bestehenden Differenzierungslinien verknüpft. In einer bemerkenswerten Kontinuität läßt sich ein erheblicher Teil der heute bestehenden politischen Lagerformation bis auf die historische Phase der politischen Massenmobilisierung und der Durchsetzung demokratischer Partizipationsrechte der Bürger in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zurückführen (Lipset/Rokkan 1967). Die damals bestehenden zentralen religiösen Wert-, ökonomischen Interessen- und regionalen Identitätskonflikte setzten sich in Allianzen zwischen politischen Parteien und entsprechenden Bevölkerungsgruppen um, die sich zu relativ beständigen Bindungen weiterentwickelt haben.

In Deutschland spiegelt sich der historische Klassenkonflikt nach wie vor hauptsächlich in der Wahlpräferenz von CDU und SPD wider⁷. Die Gruppen mit den jeweils intensivsten parteilichen Bindungen sind bei der SPD die Arbeiter – und dabei insbesondere die gewerkschaftlich gebundenen –, bei der CDU die Bauern, Selbständigen und Unternehmer. Ambivalenter war stets die Position der neuen Mittelklassen der Angestellten und Beamten, die als Lohnabhängige mit den Arbeitern zwar Arbeitnehmerinteressen gemeinsam haben, jedoch durch die Besonderheiten ihrer Stellung in der Nähe und in tendenzieller Loyalität zu den Herrschaftsträgern und den Besitzklassen sich

⁷ Neben der klassenstrukturellen Spannungslinie findet sich in Deutschland bekanntlich das im Kulturkampf verwurzelte religiöse Spannungsfeld, das mit einer über die gesamte Nachkriegszeit praktisch unveränderten Bindungskraft die kirchengebundenen und religiös praktizierenden Wähler an ihrer CDU-Bindung festhalten läßt.

eher mit der CDU als der SPD assoziierten. Wenn diese letztlich aus der Arbeitssituation resultierenden und auf der Interessenlage im Klassenkonflikt basierenden politischen Wahlverwandtschaften und -bündnisse auch weiterhin bestehen, so hat sich in der Kohortenfolge die Intensität der Bindung verringert, sowohl bei den jeweiligen Kerngruppen wie bei den ambivalenteren Mittelklassen (Pappi 1990; Müller 1993; Emmert/Roth 1995).

Nach neueren Untersuchungen werden aber dieser Tendenzen des Abbaus der traditionellen politischen Allianzen insbesondere in Deutschland kompensiert durch neue Verbindungslinien, die ihre Wurzeln in den wachsenden und intern nach unterschiedlichen Arbeitssituationen sich ausdifferenzierenden Dienstklassen haben. Drei relativ eindeutig unterscheidbare Fraktionen haben ausgeprägt unterschiedliche parteiliche Orientierungen: Beschäftigte in staatlichen oder privatwirtschaftlichen administrativen Apparaten, die an Herrschafts- und Kontrollfunktionen teilhaben; wissenschaftliche oder technische Experten mit relativ hoher professioneller Autonomie; Beschäftigte in sozialen Dienstleistungen (medizinisches Fachpersonal, Lehrer, Sozialarbeiter, Kulturschaffende) mit ebenfalls hoher beruflicher Autonomie. Die Teilhaber an Herrschafts- und Kontrollfunktionen hatten immer eine stärkere CDU-Präferenz, und diese hat sich in der Kohortenfolge⁸ nur geringfügig verringert. Die beiden anderen Gruppen standen der CDU weniger nahe, und sie haben sich zunehmend von der CDU in Richtung der SPD und vor allem der Grünen abgesetzt, letzteres ganz ausgeprägt in den sozialen Dienstleistungsberufen. Nach den vorliegenden Befunden ist es nicht überzogen, in der Partei der Grünen eine späte, aber wohl auf längere Dauer in der deutschen Parteienlandschaft etablierte Antwort auf die im Wandel des Beschäftigungssystems angelegte Emergenz neuer sozialstruktureller Gruppen zu sehen (für Deutschland vgl. Alber 1985, Müller 1996; für den internationalen Forschungsstand zum Verhältnis von Klassenstruktur und Wahlverhalten Evans, in Vorbereitung). Die basisdemokratische und partizipationsorientierte Ausrichtung in der ideologischen Programmatik vor allem in der Phase der Etablierung der Partei der Grünen und bei der Ausbildung eines Kerns von grünen Stammwählern hat eine enge Korrespondenz mit einem zentralen Element der Klassenlage ihrer Wähler: nämlich der relativ hohen (professionellen) Autonomie und Selbstbestimmung der Arbeit, die gegenüber organisatorischen Durchgriffen immer wieder verteidigt wird.

Diese Befunde verdeutlichen, daß zur angemessenen Analyse der mit der Tertiarisierung der Arbeitswelt differenzierter gewordenen Erwerbsstruktur auch differenziertere Analyseinstrumente erforderlich sind. Dabei scheint die Lösung nicht in einer feiner abgestuften vertikalen Hierarchisierung zu liegen. Dies war ohnehin nie der Fluchtpunkt klassenanalytischer Modelle. Ertragreicher scheint eine präzisere Berücksichtigung der Arbeitssituation und des Beschäftigungsverhältnisses zu sein, bei dem die konstituierenden

⁸ Der Hinweis auf die Kohortenfolge spielt auf den folgenden interessanten Befund an: Die Abnahme in der hergebrachten Klassenspaltung im Wahlverhalten und die Bildung neuer Allianzen vollzieht sich weitgehend als ein Prozeß, in dem nur die in der Altersstruktur der Bevölkerung jeweils nachrückenden Kohorten von Wählern verstärkt die neuen Muster des Wahlverhaltens zeigen, während die älteren Kohorten über lange Zeitperioden praktisch unverändert bei ihren hergebrachten Parteipräferenzen verbleiben.

Prinzipien unterschiedlicher Typen selbständiger und lohnabhängiger Klassenlagen im Vordergrund stehen.

4. Krise der Arbeitsgesellschaft?

Insgesamt stellen die beschriebenen Prozesse bedeutende Veränderungen in den Folgewirkungen der Erwerbsarbeit für die Ungleichheits- und Klassenstruktur, für die Differenzierung der Formen der Lebensführung, für die Einbindung von Individuen in Solidarverbände und die Beteiligung in intermediären Organisationen sowie für die Struktur gesellschaftlicher Konflikte und die politische Spaltungsstruktur dar. Tendenzen einer abnehmenden Bindungskraft von gesellschaftlichen Großgruppen, die letztlich auf der Lage von Individuen im Erwerbssystem beruhen, sind nicht zu übersehen. Es ist auch offensichtlich, daß die wohlfahrtsstaatliche Sicherung eines erwerbsarbeitsfreien Ruhestandes und die Versorgung von Personen, die aus unterschiedlichen anderen Gründen keine den Lebensunterhalt sichernde Erwerbstätigkeit ausüben (können), die umfassende Arbeitsmarktabhängigkeit der Lebenschancen gemildert hat. Gerade in Deutschland tragen aber die spezifischen – weitgehend auf dem Versicherungsprinzip basierenden und statuserhaltend wirkenden – wohlfahrtsstaatlichen Sicherungseinrichtungen dazu bei, daß sich die Differenzierungen in der Arbeitswelt auch auf den nicht in Erwerbsarbeit stehenden Teil der Bevölkerung übertragen. Deshalb scheinen Thesen einer durchgehenden Individualisierung von Lebenschancen und Lebensrisiken oder Behauptungen einer generellen Auflösung von Klassen und die Diagnose ihrer Irrelevanz für politisches Handeln ebenso überzogen wie die zu Beginn der achtziger Jahre verbreitete Vorstellung einer weitgehend verschwundenen Prägekraft der Arbeitswelt für die sozialstrukturelle Differenzierung der Gesellschaft. Wenn es eine Krise der Arbeitsgesellschaft gibt, so kommt sie in erster Linie in dem massenhaften Fehlen von Arbeitsplätzen zur Geltung, die den Lebensunterhalt sichern können. Das auf absehbare Frist anhaltende Defizit an Arbeitsplätzen löst aber nicht die Prägung der Sozialstruktur durch die Arbeitswelt auf, sondern fügt ihr – unabhängig von vielen weiteren Folgeproblemen der Arbeitslosigkeit – eine wichtige weitere Differenzierungslinie zwischen denen, die relativ gesicherte Arbeitsplätze haben, und denen, die davon über lange Zeit ausgeschlossen sind, hinzu.

Literatur:

- Alber, J. 1985: Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen, in: Politische Vierteljahresschrift 26, Nr. 3, 211–226
- Bahrtdt, H. P. 1983: Arbeit als Inhalt des Lebens („denn es fährt schnell dahin“), in: Matthes, J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York, 120–137
- Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.

- Beck-Gernsheim, E. 1976: Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt, Frankfurt a. M.
- Berger, J. 1996: Was behauptet die Marxsche Klassentheorie – und was ist davon haltbar?, in: Giegel, H. J. (Hrsg.): Konflikt und Differenz. Frankfurt a. M.
- Berger, P. A., Hradil, S. 1990: Die Modernisierung sozialer Ungleichheit - und die neuen Konturen ihrer Erforschung, in: Berger, P. A., Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen, 3–26
- Berger, P. A., Hradil, S. (Hrsg.) 1990: Lebenslagen, Lebensläufe und Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7
- Blossfeld, H.-P., Gianelli, G., Mayer, K.U. 1993: Is there a new service proletariat? The tertiary sector and social inequality in Germany, in: Esping-Andersen, G. (Hrsg.): Changing classes. Stratification and Mobility in post-industrial societies, London, 109–135
- Bosch, G. 1986: Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft?, in: WSI-Mitteilungen 39, Nr. 3, 163–176
- Braun, M., Alwin, D.F., Scott, J. 1994: Wandel der Einstellung zur Rolle der Frau in Deutschland und den Vereinigten Staaten, in: Braun, M., Mohler, P. Ph. (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 3, Opladen, 151–173
- Büchtemann, Ch. F., Quack, S. 1989: 'Bridges' or 'Traps'? Non Standard Forms of Employment in the Federal Republic of Germany. Discussion Paper FSI 88–6. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Bundesanstalt für Arbeit 1994: Berufliche Bildung und Beschäftigung von Frauen. Situation und Tendenzen, Nürnberg
- Clar, M. 1986: Soziale Mobilität und Freundschaftswahlen. Ein Vergleich beider Prozesse in ihren Auswirkungen auf die soziale Lage der Person, in: Zeitschrift für Soziologie 15, Nr. 2, 107–124
- Cordova, E. 1986: From full-time wage employment to atypical employment: A major shift in the evolution of labour relations?, in: International Labour Review 125, Nr. 6, 641–657
- Dahrendorf, R. 1964: Recent Changes in the Class Structure of European Societies, in: Daedalus 93, Nr. 1, 225–270
- Dahrendorf, R. 1983: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: Matthes, Joachim (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York, 25–37
- Durkheim, E. 1902: De la division du travail social, 2e ed., Paris
- Emmert, T., Roth, D. 1995: Zur wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland, in: Historical Social Research 20, Nr. 2, 119–160
- Engelbrech, G. 1993: Immer mehr Frauen nehmen nach einer Unterbrechung wieder eine Beschäftigung auf. IAB-Kurzbericht, Nr. 8, Nürnberg
- Erikson, R., Goldthorpe, J. H. 1992: The constant flux. A study of class mobility in industrial societies, Oxford
- Esping-Andersen, G. 1991: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge
- Esping-Andersen, G. (Hrsg.) 1993: Changing classes. Stratification and mobility in post-industrial societies, London
- Evans, G. (Hrsg.) in Vorbereitung: The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context, Oxford

- Glatzer, W.; Berger-Schmitt, R. 1986: Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Familien und Haushalte, Sfb3-Schriftenreihe Bd. 14, Frankfurt/New York
- Goldthorpe, J. H. 1982: On the Service Class: Its Formation and Future, in: Giddens, A., Mackenzie, G. (Hrsg.): Social Class and the Division of Labour, Cambridge, 162–185
- Goldthorpe, J. H. 1985: Soziale Mobilität und Klassenbildung. Zur Erneuerung einer Tradition soziologischer Forschung, in: Goldthorpe, J. H., Strasser, H. (Hrsg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit, Opladen, 174–204
- Haller, M. 1986: Sozialstruktur und Schichtungshierarchie im Wohlfahrtsstaat. Zur Aktualität des vertikalen Paradigmas der Ungleichheitsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie 15, Nr. 3, 167–187
- Handl, J. 1988: Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Empirische Untersuchungen zu Prozessen sozialer Mobilität, Frankfurt/New York
- Hradil, S. 1992: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel, in: Gabriel, O. W. (Hrsg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen, 50–94
- Jonsson, J. O., Mills, C., Müller, W. 1996: A Half Century of Increasing Educational Openness? Social Class, Gender and Educational Attainment in Sweden, Germany and Britain, in: Erikson, R., Jonsson, J. O. (Hrsg.): Can Education Be Equalized? Sweden in Comparative Perspective, Bolder
- Klages, H. 1985: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, 2. Auflage, Frankfurt/New York
- Kohli, M. 1994: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie, in: Beck, U., Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M., 219–244
- Lauterbach, W. 1994: Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt, Frankfurt a. M.
- Lipset, S. M., Rokkan, S. 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments, New York, 1–64
- Leicht, R. 1995: Die Prosperität kleiner Betriebe. Das längerfristige Wandlungsmuster von Betriebsgröße und -strukturen, Heidelberg
- Leisering, L. 1995: Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft, in: Bieback, K.-J., Milz H. (Hrsg.): Neue Armut, Frankfurt a. M., 58–92
- Marshall, G., Newby, H., Rose, D., Vogler, C. 1988: Social Class in Modern Britain, London
- Marx, Karl 1958: Selected Works, Moscow
- Mayer, K. U. 1977: Statushierarchie und Heiratsmarkt – Empirische Analysen zur Struktur des Schichtungssystems in der Bundesrepublik und zur Ableitung einer Skala des sozialen Status, in: Handl, J., Mayer, K.U., Müller, W. (Hrsg.): Klassenlagen und Sozialstruktur, Frankfurt/New York, 155–232
- Mayer, K. U., Blossfeld, H.-P. 1990: Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheit im Lebensverlauf, in: Berger, P. A., Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen, 297–318
- Mayer, K. U., Müller, W., 1987: Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, in: Weyman, A. (Hrsg.), Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Individualisierung und Institutionalisierung von Lebensläufen in der Moderne, Stuttgart, 41–60

- Mooser, Johann 1983: Auflösung des proletarischen Milieus, in: *Soziale Welt* 34, 270–306
- Müller, H. P. (Hrsg.) 1993: *Sozialstruktur und Lebensstile: der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit*, 2. Aufl., Frankfurt a. M.
- Müller, W. 1986: Soziale Mobilität. Die Bundesrepublik im Internationalen Vergleich, in: Kaase, M. (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie in demokratischer Regierungsweise*, Opladen, 339–354
- Müller, W. 1996: *Old and New Class Cleavages*. Manuskript. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim
- Noll, H.-H. 1991: Beschäftigungsstruktur im Wandel. Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich, in: Zapf, W. (Hrsg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a. M.*, Frankfurt/New York, 279–292
- Noll, H.-H., Habich, R. 1990: Individuelle Wohlfahrt. Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten?, in: Berger, P. A., Hradil, S. (Hrsg.): *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*. Göttingen, 153–188
- Noll, H.-H., Langlois, S. 1994: Employment and Labour-Market Change. Toward Two Models of Growth, in: Langlois, S. (Hrsg.): *Convergence or Divergence? Comparing Recent Social Trends in Industrial Societies*. Frankfurt a. M. et al., 89–113
- OECD 1995: *Household Production in OECD Countries. Data Sources and Measurement Methods*, Paris
- Offe, C. 1983: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Matthes, J. (Hrsg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*. Frankfurt/New York, 38–65
- Pappi, F. U. 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel, in: Kaase, M., Klingemann, H.-D. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler*. Opladen, 15–30
- Parsons, T. 1970: Equality and Inequality in Modern Society, or Social Stratification Revisited, in: Lauman, E.O. (Hrsg.): *Social Stratification*, Indianapolis, 13–72
- Renner, K. 1953: *Wandlungen der Modernen Gesellschaft. Zwei Abhandlungen über die Probleme der Nachkriegszeit*, Wien
- Rubery, J., Fagan, C. 1993: Geschlechtertrennung im Beruf in der Europäischen Gemeinschaft. *Soziales Europa*, Beiheft 3. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft
- Scheuch, E. K., unter Mitarbeit von Daheim, H. 1965: Sozialprestige und soziale Schichtung, in: Glass, D. V., König, R. (Hrsg.): *Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Sonderheft 5 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Köln und Opladen, 65–103
- Schmidt, M.G. 1993: *Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich*, Opladen
- Schulze, G. 1992: *Die Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt a. M.
- Seifert, W. 1996: Zunehmende Arbeitsmarktintegration bei anhaltender sozialer Segregation, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Nr. 15, 7–11
- Sombart, Werner 1906: *Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?*, Tübingen
- Streeck, W. 1987: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39, 471–495

Teckenberg, W. 1991: Sozialstruktur als differentielle Assoziation (Habilitationsschrift), Heidelberg

Wright, E. O. 1985: Classes, London